

Sven Rudolph

Marktbasierte Klimapolitik in Japan

Eine Fallstudie zur politischen Ökonomie
nachhaltiger
Treibhausgas-Emissionshandelssysteme

Metropolis-Verlag
Marburg 2014

© für die Abbildung auf dem Buchumschlag: Sven Rudolph

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2014

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1055-7

1 Einleitung

„The *positive* evils and dangers of the representative ... government ... may be reduced to two heads: first, general ... insufficient qualification ... in the controlling body; secondly, the danger of its being under the influence of interests not identical with the general welfare of the community.“

John Stuart Mill (1861: 286)

1.1 Anlass und Leitfrage

Der anthropogene Einfluss auf das globale Klima gilt mittlerweile unter ernstzunehmenden Klimawissenschaftlern als unumstritten. Der menschgemachte Eintrag von Spurengasen wie Kohlendioxid (CO₂), Methan (CH₄), Distickstoffoxid (N₂O), Fluorkohlenwasserstoffe (HFCs), perfluorierte Kohlenwasserstoffe (PFCs) und Hexafluorid (SF₆) aus der Verbrennung fossiler Energieträger, der landwirtschaftlichen Produktion und weiteren Produktions- und Konsumptionsprozessen führt nachweislich zu einer Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur mit dramatischen Folgen für die Ökosysteme. Der Anstieg des Meeresspiegels, das Abschmelzen der Inlandeisbedeckung und die Zunahme extremer Wetterphänomene sind nur einige der unmittelbaren Folgen.

Im aktuellen fünften Sachstandsbericht des Weltklimarats (*Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC*) gilt dann auch die Klimaerwärmung als unumstritten, der menschliche Einfluss als äußerst wahrscheinlich und substantielle Emissionsreduktionen als unvermeidbar (IPCC 2013)¹.

„Warming of the climate system is unequivocal, and since the 1950s, many of the observed changes are unprecedented over decades to millennia. ... It is extremely likely that human influence has been the

¹ Die Wahrscheinlichkeit des Zutreffens liegt nach Definition des IPCC damit zwischen 95% und 100%.

dominant cause of the observed warming since the mid-20th century ... Continued emissions of greenhouse gases will cause further warming and changes in all components of the climate system. Limiting climate change will require substantial and sustained reductions of greenhouse gas emissions“ (IPCC 2013: 3, 12, 14)

Für den Fall, dass keine ambitionierten Maßnahmen ergriffen werden, hält das IPCC einen Temperaturanstieg von bis zu 4,8° C über das vorindustrielle Niveau für möglich. Um allerdings die Überschreitung von Kippunkten, die irreversible Prozesse auslösen, zu vermeiden, empfiehlt das IPCC eine Begrenzung der Temperaturerhöhung auf 2,0-2,4°C. Als konkrete Reduktionsziele resultieren daraus die Halbierung der globalen Emissionen bis 2050, was für die Industriestaaten eine Reduktion von 25-40% bis 2020 und 80-95% bis 2050 bedeutet.

Der Erreichung dieser Ziele hat sich die Weltgemeinschaft bisher allerdings nur unzureichend gewidmet. So liegt die globale CO₂-Konzentration derzeit 40% über dem vorindustriellen Niveau, und trotz der ergriffenen Maßnahmen sind die globalen CO₂-Emissionen kontinuierlich angestiegen; sie liegen Anfang der zweiten Dekade des neuen Jahrtausend rund 16 mal so hoch wie im Jahr 1900 und mehr als 1,5 mal so hoch wie im Jahr 1990. Weder die Klimarahmenkonvention (*United Nations Framework Convention on Climate Change, UNFCCC*) von 1992, die die Verhinderung eines gefährlichen Klimawandels anstrebt und eine gemeinsame aber differenzierte Verantwortlichkeit der Weltgemeinschaft etabliert, noch das Kyoto Protokoll von 1997, das für die Teilnehmerstaaten ein Reduktionsziel von rund 5% vorsah, konnten diesbezüglich einen relevanten Problemlösungsbeitrag leisten. Nach dem Auslaufen der (ersten) Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls wurden auf verschiedenen Vertragsstaatenkonferenzen (*Conference of the Parties, COP*) der Klimarahmenkonvention Nachfolgeabsprachen getroffen. So einigten sich nahezu alle UNFCCC-Staaten auf das 2°C-Ziel, eine Reduktion der Treibhausgas-Emissionen in den Industrieländern um 25-40% bis 2020 (Basis 1990), die Einrichtung eines Klimasoforthilfefonds im Umfang von 100 Milliarden US\$ bis 2020 und die Erarbeitung eines neuen Klimaschutzregimes bis 2015, das dann im Jahr 2020 in Kraft treten soll. Einige ehemalige Vertragsstaaten des Kyoto Protokolls beschlossen für die Übergangsphase eine zweite Erfüllungsperiode des

Protokolls (2013-2020). Gerade Japan, Mutterland des Kyoto Protokolls, wird aber an dieser zweiten Kyoto Periode nicht teilnehmen.

Japan ist Anfang des neuen Jahrtausends weiterhin die drittgrößte Volkswirtschaft und der siebtgrößte Treibhausgas-Emittent der Welt. Zudem hat die Reaktorkatastrophe von Fukushima gerade Japans Energiepolitik in den Fokus gerückt; ein Politikfeld, das angesichts der dominanten Rolle energiebedingter Kohlendioxid-Emissionen für den anthropogenen Klimawandel unmittelbar mit der Klimapolitik verknüpft ist. Historisch galten Japans umweltpolitische Regulierungen gerade in den 1970er und 1980er Jahren weltweit als vorbildlich (Weidner 1996). Im Zuge der Ölkrisen der 1970er Jahre entwickelte sich Japan zudem zu einer der energie- und ressourceneffizientesten Volkswirtschaften der Welt, einen Status den das Land bis heute hält (IEA 2008, 2009).

In der Klimapolitik kommt Japan bis heute eine Schlüsselrolle zu. Bereits bei den Kyoto-Verhandlungen nahm Japan eine Vermittlerrolle zwischen den extremen Positionen Europas und der USA ein und wurde mit der Verabschiedung des Kyoto Protokolls zum Namensgeber des ersten verbindlichen globalen Klimaschutzabkommens (Schröder 2001, 2003). Auch für die Zukunft kann Japan als wichtiger Moderator agieren: Neben der Vermittlung zwischen den USA und Europa kann Japan als eines der am westlichsten orientierten Länder Asiens auch dank seiner geographischen Lage im pazifischen Dreieck zwischen Asien, Amerika und Ozeanien Brücken zwischen westlichen und fernöstlichen Perspektiven und Strategien bauen. Nicht zuletzt kann Japan mit seiner geographischen Nähe zu den aufstrebenden Großemittenten China und Indien und mit seinen wirtschafts- und entwicklungsgeschichtlichen Gemeinsamkeiten mit weiteren Schwellenländern wie Brasilien und Mexiko Wege zu einer besseren Verständigung zwischen Industrieländern und sich entwickelnden Staaten ebnen.

Allerdings agiert Japan in der globalen aber auch in der nationalen Klimapolitik derzeit eher zurückhaltend. Zwar kündigte der ehemalige japanische Premierminister Hatoyama auf der Klimakonferenz in Kopenhagen im Jahr 2009 ein anspruchsvolles Reduktionsziel von 25% bis 2020 (Basis 1990) an. Weder akzeptierte Japan aber eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto Protokolls noch ist die Erreichung des 2020-Ziels bisher mit einer überzeugenden nationalen Klimaschutzstrategie unterlegt worden. Und selbst die Erfüllung des Kyoto-Ziels ist allein durch erhebliche Klimaschutzinvestitionen im Ausland, heimische

Senkenprojekte und den wirtschaftlichen Einbruch nach der Finanzkrise 2008 gelungen; tatsächliche heimische Emissionsreduktionen erfolgten hingegen kaum.

Auch auf instrumenteller Ebene ist Japan von einer modernen, marktwirtschaftlich ausgerichteten Klimapolitik weit entfernt. Zwar wurden kürzlich ein Erneuerbare-Energien-Gesetz und eine Kohlenstoffsteuer eingeführt, vor allem letztere wird aber angesichts niedriger Steuersätze kaum klimapolitische Steuerungswirkung entfalten. Besonders eklatant ist allerdings der fortdauernde Verzicht auf ein anspruchsvolles nationales Treibhausgas-Emissionshandelssystem. Dies überrascht aus mehreren Gründen: Erstens hat Japan in der ersten Kyoto-Erfüllungsperiode intensiv die projektbasierten Mechanismen des Kyoto Protokolls genutzt, um sein Reduktionsziel zu erfüllen. Alle flexiblen Kyoto Mechanismen bauen aber prinzipiell auf der Idee übertragbarer Umweltnutzungsrechte auf. Zudem werden sie, wenn auch in abgewandelter Form, auch in der zukünftigen globalen Klimapolitik eine wichtige Rolle spielen. Zweitens hat gerade die japanische Wissenschaft seit den 1990er Jahren durchaus intensiv über die Nutzung marktwirtschaftlicher Instrumente diskutiert und die europäischen und U.S.-amerikanischen Umweltmärkte studiert; daraufhin wurden in Japan sogar begrenzte Pilotprojekte in die Praxis umgesetzt, so dass erhebliche Lerneffekte erzielt werden konnten. Drittens scheint sich die Lizenzlösung nach ersten Erfolgen in der Luftreinhaltepolitik der USA international als das dominante Instrument der Klimapolitik durchzusetzen. Treibhausgas-Emissionshandelssysteme, auch oft als Kohlenstoffmärkte bezeichnet, haben sich sowohl auf nationaler Ebene (Australien, Neuseeland, Südkorea usw.) als auch auf sub-nationaler Ebene (Kalifornien, Neuengland, Tokyo etc.) etabliert.² Viertens eröffnet eine solche internationale Ausbreitung des Emissionshandels als dominantes heimisches Klimaschutzinstrument nicht zuletzt die Möglichkeit einer internationalen Verknüpfung der Systeme. Das sogenannte Linking stellt einerseits eine politisch aussichtsreichere Alternative oder zumindest eine Ergänzung zu einem globalen Klimaschutzvertrag dar und verspricht erhebliche Kosteneinsparungen bei der international ge-

² Vgl. zur Ausgestaltung und zur Bewertung der Emissionshandelssysteme in Kalifornien Rudolph/Kawakatsu/Lerch 2013, zur Regional Greenhouse Gas Initiative (RGGI) im Nordosten der USA Rudolph/Lerch 2012 und zum System in Tokyo Rudolph/Kawakatsu 2013.

meinsamen Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele gegenüber alternativen Instrumenten (Dellink et al 2010, Flachsland et al. 2008, Ranson/Stavins 2012, Sterk et al 2006). Fünftens belegen Erfahrungen mit bereits implementierten Emissionshandelssystemen wie dem Schwefeldioxid- und Stickoxidhandel in den USA (Stavins 2007) die grundsätzliche Leistungsfähigkeit des Instruments, konkret die kosteneffiziente Erreichung von Umweltzielen, wobei allerdings die Schwierigkeiten beispielsweise bei der Umsetzung des Emissionshandels mit Treibhausgasen in Europa nicht unterschlagen werden sollen (Ellerman/Convery/de Perthuis 2010). Nicht zuletzt haben, sechstens, Ökonomen bereits seit Jahrzehnten sowohl auf die Chancen als auch auf die Probleme mit dem ökonomischen Instrument der Lizenzlösung hingewiesen (Tietenberg 2006) und sogar früh Konzepte zur praktischen Umsetzung in der Klimapolitik vorgelegt (Heister/Michaelis 1990). Einige Autoren behaupten sogar, dass der Emissionshandel nicht nur in der Lage sei, den globalen Klimaschutz ökologisch effektiv und ökonomisch effizient zu gestalten, sondern auch, ihn sozial gerecht zu instrumentieren (Rudolph et al. 2012).

Vor diesem Hintergrund überrascht die Zurückhaltung Japans bei der Nutzung klimapolitischer Emissionshandelssysteme. Gründe hierfür müssen, so die Leitthese der vorliegenden Studie, im politischen Raum gesucht werden. Warum also tut sich Japan auf nationaler Ebene so schwer mit der Einführung eines anspruchsvollen klimapolitischen Emissionshandelssystems und wie können etwaige Umsetzungsbarrieren überwunden werden?

1.2 Forschungsstand

Der Leitfrage dieser Arbeit haben sich trotz der zentralen Bedeutung Japans für den globalen Klimaschutz und des grundsätzlichen Problemlösungspotentials des Emissionshandels bisher nur wenige Werke befasst. Dies gilt nicht nur für die Literatur in westlichen Sprachen, sondern auch für japanische Quellen, nicht zuletzt weil die politische Durchsetzungs- und Implementierungsforschung als Wissenschaftszweig in Japan unterentwickelt ist.

Gleichwohl stellt das vorliegende Buch nicht den ersten Versuch dar, umweltpolitische oder gar klimapolitische Prozesse in Japan zu erklären. Bereits Weidner (1996) und Foljanty-Jost (1995) untersuchen die frühen

umweltpolitischen Erfolge Japans in den 1970er und 1980er Jahren. Broadbent (1998) fokussiert auf die Machtverhältnisse in der japanischen Umweltpolitik, während Schreurs (2002) die Umweltpolitik in Japan, Deutschland und den USA mit einem besonderen Fokus auf der Entwicklung der Umweltbewegung vergleicht. Imura/Schreurs (2005) untersuchten in einem Sammelband die Erfolgsfaktoren bei der Bewältigung klassischer Umweltprobleme. Ein spezifischer Fokus auf die japanische Klimapolitik wird erstmals umfänglich von Kawashima (2000), Schröder (2001, 2003) und Hattori (2007) gewählt. Fisher (2004) und Sewell (2005) vergleichen klimapolitische Prozesse in Japan, den Niederlanden und den USA, während Watanabe (2011) Japan und Deutschland vergleicht.

Die konkreten Wirkungen umweltpolitischer Instrumente in Japan werden in westlichen Sprachen u.a. durch Weidner (1996) für ordnungsrechtliche Maßnahmen, von Imura (1999) und Wakabayashi/Sugiyama (2007) für freiwillige Selbstverpflichtungen, von Schröder (2004) für den Top-Runner-Ansatz und von Morotomi (2009) für einen Policy Mix diskutiert. Marktbasierende Instrumente hingegen werden u.a. von Ueta (2005) generell, von Park (2002, 2004, 2007) für Umweltsteuern und von (Mochizuki 2011) für den Emissionshandel analysiert.

Insgesamt existieren damit zwar einige Studien zur Umwelt- und zur Klimapolitik in Japan. Jedoch liegt bisher keine umfassende aktuelle Untersuchung der politischen Durchsetzungschancen eines anspruchsvollen nationalen klimapolitischen Emissionshandelssystems in Japan vor. Zudem verwenden die existierenden Studien, von wenigen Ausnahmen abgesehen, politikwissenschaftlich-holistische Erklärungsansätze (z.B. Advocacy Coalitions, Policy Windows und Cycles, Multi-Level Governance), während ein individualistisch-akteursorientierter Zugang, wie ihn die ökonomische Theorie der Umweltpolitik wählt, bisher nicht genutzt wurde.³ Insbesondere wurde damit bisher keine systematische Erhebung der Interessen und der politischen Einflusspotentiale klimapolitischer Akteure in Japan vorgenommen, wie sie polit-ökonomische

³ Ausnahmen hierzu bilden vor allem die vom Autor des vorliegenden Bandes teilweise in Ko-Autorenschaft verfassten Beiträgen (Rudolph 2011b, 2013; Rudolph/Kawakatsu 2013; Rudolph/Park 2010, Rudolph/Schneider 2013, die aufgrund der notwendigen Kürze allerdings jeweils nur Ausschnitte des vorliegenden Werks wiedergeben.

Studien in der Tradition der Public Choice Theorie erfordern. Diese Forschungslücke versucht der vorliegende Band zu füllen.

1.3 Methode und Vorgehen

Marktbasierte – oder auch marktwirtschaftliche bzw. ökonomische – Instrumente der Umweltpolitik sind spätestens seit den Arbeiten von Pigou (1932), Coase (1960), Dales (1968) und Baumol/Oates (1971) ein zentrales Thema der umweltökonomischen Forschung. Basierend auf wohlfahrts-, meist alloktionstheoretischen, und institutionenökonomischen Theorien hat sich so ein umfangreiches Instrumentarium zur Analyse der ökologischen und ökonomischen Wirkungen solcher Maßnahmen etabliert (Endres 2007). Soweit ökonomische und ökologische Wirkungen japanischer Emissionshandelssysteme untersucht werden, bedient sich auch die vorliegende Studie des etablierten ökonomischen Instrumentariums.

Eine Analyse marktbasierter Umweltpolitikinstrumente auf der Basis von Nachhaltigkeitskriterien (Ott/Döring 2004), wie sie im vorliegenden Band intendiert ist, muss aber neben ökologischen und ökonomischen Aspekte auch solche sozialer Gerechtigkeit einbeziehen. Damit dies gelingt, wird ergänzend zur umweltökonomischen Analyse auf Argumente der modernen Debatten um Klimagerechtigkeit zurückgegriffen (Barnes 2003, Pinguelli-Rosa/Munasinghe). Wissenschaftstheoretisch normativ kann so ein Anforderungsprofil für nachhaltig ausgestaltete Treibhausgas-Emissionshandelssysteme entwickelt werden, auf dessen Basis dann in die Praxis umgesetzte Systeme bewertet werden können (Rudolph et al. 2012). Ermöglicht wird so neben einer ex post Bewertung von Effekten eine ex ante Bewertung von Designs.

Die zentrale Frage nach den Durchsetzungshemmnissen von Treibhausgas-Emissionshandelssystemen in Japan wird zunächst ebenfalls auf der Basis einer neoklassisch geprägten ökonomischen Theorie diskutiert. Aufbauend auf den Grundlagen der Public Choice Theory (Mueller 2003) hat sich bereits seit den frühen 1970er Jahren beginnend mit Downs (1972) und Buchanan/Tullock (1975) eine ökonomische Theorie der Umweltpolitik etabliert (Oates/Portney 2003). Ein wesentliches Untersuchungsobjekt dieser Theorie ist bis heute die umweltpolitische Instru-

mentenwahl (Kollmann/Schneider 2011), so dass sich das polit-ökonomische Werkzeug auch für den vorliegenden Band anbietet.

Angesichts der aktuellen Dynamik der Verbreitung marktbasierter Klimaschutzinstrumente, der Unterschiede in der Ausgestaltung von Treibhausgas-Emissionshandelssystemen zwischen Ländern und fallbasierten empirischen Befunden zur Durchsetzung solcher Instrumente in der Praxis (Reiche/Krebs 1999, Rudolph 2005, Rudolph/Lerch 2012) bedürfen die bisherigen rein polit-ökonomischen Erklärungsversuche allerdings der Ergänzung. Eine solche Erweiterung nimmt der vorliegende Band vor, indem er die individualistische ökonomische Theorie der Umweltpolitik über den synergetischen Ansatz gesellschaftlicher Ordnung (Weise 1996) mit u.a. von der Politikfeldanalyse (Policy Analysis) betonten holistischen exogenen Handlungsbedingungen des Akteurshandelns (Jänicke/Kunig/Stitzel 2002: Kap. 3) kombiniert.

Für die empirische Studie zur politischen Ökonomie einer marktbasierten Klimapolitik in Japan wurde ein qualitatives Fallstudien-Design gewählt (Lamnek 2005, Yin 2003). Im Gegensatz zu quantitativen, ökonomischen Studien bietet dieses Design die Möglichkeit, in einer Primäranalyse die Komplexität umweltpolitischer Entscheidungsprozesse umfänglich zu erfassen und dabei sowohl explanative als auch deskriptive und explorative Ziele zu verfolgen. Wie in der qualitativen Sozialforschung verbreitet, wurde bei der Datenerhebung eine Triangulation vorgenommen, um die Validität der Ergebnisse zu erhöhen. So wurde konkret eine Sekundäranalyse der vorhandenen Literatur mit einer Analyse primär erhobener Daten aus Dokumenten, Experteninterviews und teilnehmenden Beobachtungen ergänzt.

Mithilfe dieses Instrumentariums wird in Kapitel 2 des vorliegenden Bandes zunächst die grundsätzliche Problemlösungskapazität der dem Treibhausgas-Emissionshandel zugrunde liegenden Lizenzlösung untersucht: Eignet sich das Instrument überhaupt zur Lösung von Umweltproblemen und welche ökonomischen, ökologischen und sozialen Vorteile bietet es gegenüber alternativen Instrumenten? Wie müsste ein Treibhausgas-Emissionshandelssystem ausgestaltet sein, um anspruchsvollen Nachhaltigkeitskriterien zu genügen? Und wie lassen sich die bisher in der Praxis etablierten Kohlenstoffmärkte in Europa und den USA und ihre Resultate vor diesem Hintergrund bewerten?

Kapitel 3 beschreibt und analysiert den Status quo marktbasierter Instrumente in der japanischen Klimapolitik. Wie haben sich die Treib-

hausgas-Emissionen national entwickelt und welche Wirkungen des Klimawandels lassen sich in Japan bereits feststellen? Welche Ziele hat sich die japanische Klimapolitik gesetzt und welche Politikmaßnahmen wurden bisher ergriffen? Welche Rolle spielten dabei heimische Emissionshandelssysteme?

In Kapitel 4 werden die theoretischen Grundlagen für die polit-ökonomische Analyse gelegt. Welche Interessen haben eigennutzorientierte individuelle Politikakteure grundsätzlich bezüglich der Lizenzlösung und wie gut können sie ihre Interessen auf dem politischen Markt durchsetzen? Wie bewerten die Akteure ein nachhaltig ausgestaltetes Treibhausgas-Emissionshandelssystem und wie müsste dementsprechend ein durchsetzbarer Kohlenstoffmarkt ausgestaltet sein? Welchen zusätzlichen Erklärungsbeitrag jenseits traditioneller polit-ökonomischer Konzepte leistet ein um exogene Handlungsbedingungen erweiterter polit-ökonomischer Ansatz? Lassen sich die (erweiterten) polit-ökonomischen Hypothesen anhand der Implementierung von Kohlenstoffmärkten in der EU und den USA empirisch bestätigen?

Kapitel 5 widmet sich dann im Rahmen einer qualitativen Fallstudie auf der Basis des erweiterten polit-ökonomischen Erklärungsansatzes der Frage nach den politischen Hemmnissen der Umsetzung nachhaltiger Treibhausgas-Emissionshandelssysteme in Japan. Welche exogenen Handlungsbedingungen beeinflussen das Akteursverhalten in Japan? Welche instrumentenspezifischen Interessen verfolgen die relevanten klimapolitischen Akteure? Und wie gut können sich diese Interessen im klimapolitischen Diskurs durchsetzen?

Das abschließende Kapitel 6 fasst die Ergebnisse der vorliegenden Studie zusammen, wagt einen Ausblick und formuliert Handlungsempfehlungen für die Verbesserung der Durchsetzbarkeit nachhaltiger Treibhausgas-Emissionshandelssysteme in Japan.

Insgesamt versucht der vorliegende Band damit nicht nur, die polit-ökonomische Theorie in ihrer Anwendung auf die klimapolitische Instrumentenwahl zu verbessern und so ihre empirische Relevanz zu erhöhen, sondern vor allem auch einen Beitrag zur Etablierung eines nachhaltigen Klimaschutzinstrumentariums in der japanischen Praxis zu leisten.

Diesbezüglich gilt gerade Deutschland für die japanische Klimaschutzgemeinde noch immer als Vorbild, und so verspricht ein Wissenstransfer von Deutschland nach Japan zunächst erhebliche Vorteile.

Jedoch können diese Potentiale ohne ein vertieftes Verständnis der japanischen Klimapolitik, ihrer Akteure und ihrer gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nur unzureichend genutzt werden. Nicht umsonst stößt die unzureichende Umsetzung erprobter ökonomischer Klimaschutzinstrumente in Japan in Deutschland häufig auf Unverständnis; umgekehrt wird aber der unreflektierte Versuch deutscher Politikberater, Japan von der Überlegenheit deutscher Strategien zu überzeugen, von japanischen Experten oft als überheblich empfunden. Um solche Missverständnisse zu überwinden und die Potentiale eines Wissenstransfers für die Etablierung eines nachhaltigen Klimaschutzes nutzen zu können, muss sich eine ernst gemeinte Kultur des gegenseitigen Verständnisses von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen und Akteurskonstellationen, unter denen Klimapolitik betrieben wird, etablieren. Hierzu möchte der vorliegenden Band einen, wenn auch bescheidenen Beitrag leisten.